



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

198 (7.5.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-191214](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-191214)

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung monatl. einchl. M. 1.20 für Weingelohn u. Einzelsendung gebührt M. 6.—, Postung vierteljähr. M. 15.—, ohne Postgebühren. Einz. Nummern 20 Pf. Die Stelle für Anzeigen wird in Mannheim: Redaktions- u. Verlagsbüro, 6. Sömmersingerstraße; in Heidelberg: 4. Heerenstraße, Nr. 7446—7448. Geschäftsstelle: Generalanzeiger Mannheim.

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Bei überjährigem Abdruck 1/2 Preis, bei halbjährigem 2/3 Preis, bei vierteljährigem 3/4 Preis, bei monatlichem 1 Preis. Bei Anzeigen für die ersten 5 Zeilen 1/2 Preis, für die folgenden 3/4 Preis, für die übrigen 1 Preis. Bei Anzeigen für die ersten 5 Zeilen 1/2 Preis, für die folgenden 3/4 Preis, für die übrigen 1 Preis.

Gewitterwolken im fernen Osten.

Vor etwa 14 Tagen wurde die Nachricht verbreitet, Japan habe Rußland den Krieg erklärt, Amerika habe Japan freie Hand in Sibirien gelassen. Letztere Meldung war mehr als überraschend. Gestern ist sie aus Washington berichtet worden. Amerika denkt nicht daran, Japan in Sibirien freie Hand zu lassen, es ist im Gegenteil sehr beunruhigt, daß die Japaner sich dort so überlange aufhalten. Man läßt die Japaner wissen, daß ihr eigenmächtiges Vorgehen zu einem scharfen Konflikt mit Amerika im Gebiete des Stillen Ozeans führen könne, Washington droht, dem englisch-japanischen Bündnis werde es eine engere Verbindung mit Rußland entgegenstellen. Die Nachrichten sind wie das Wetterleuchten des gewaltigsten und entsetzlichsten Gewitters, das über die Erde dahinbrausen könnte, Vorzeichen des Endkampfes um die Welt Herrschaft: Großbritannien oder Amerika?

Wie steht es nun um das Vordringen der Japaner auf dem asiatischen Kontinent, von dem die Erregung in Washington ihren Ausgang nimmt?

Es geht uns ein Bericht zu, der etwas Licht in die Vorgänge zu bringen sucht:

Aus den widerspruchsvollen Nachrichten, die aus dem fernen Osten zu uns dringen, läßt sich nur schwer ein zutreffendes Bild der Lage gewinnen, denn die Berichte werden gefärbt und gefälscht, je nach den Zwecken, welchen sie dienen sollen. Jedenfalls steht fest, daß Japan den formellen Krieg nicht an Sowjetrußland angelegt hat, wie es vor einigen Tagen in Sensationsnachrichten hieß. Andererseits hat sich Sowjetrußland auch nicht bedingungslos den japanischen Forderungen unterworfen, über deren Art und Umfang die verschiedensten Auslegungen verbreitet werden. In Wahrheit ist ein Zwischenzustand eingetreten, der das Gepräge des Abwartens und Hinhaltens trägt.

Soweit sich durch einen abwägenden Vergleich der Lage auf beiden Seiten ein Bild der wirklich zutreffenden Verhältnisse gewinnen läßt, hat Japan den Schutz seiner Interessen in der Mandchurie, in Bladiwoost, in dem Ussuri- und Amurgebiet, auf der Halbinsel Kamtschatka, auf der Insel Sachalin und in den Küstengewässern Nordostasiens von Rußland gefordert und, wenn die vorliegenden japanischen Parlamentsberichte richtig sind, auch erlangt. Hiernach gingen die japanischen Ansprüche auf folgende Hauptpunkte hinaus: Ausschaltung der bolschewistischen Wirtschaftspolitik in dem japanischen Wirtschaftsbereich; Siedlungsrecht japanischer Einwanderer längs der Ostasiatischen Bahn, der Ussuribahn, am Amur, sowie in Kamtschatka und auf Nord-Sachalin; Schaffung japanischer Handels- und Bankgesellschaften in den russischen Hauptplätzen Ostasiens; Sicherstellung der Hochseefischerei in Nordostasiens Küstengewässern für Japan.

Die russische Staatsgewalt in Ostasien liegt seit Ausbruch der bolschewistischen Revolution völlig darnieder. Ein bestimmender Einfluß wird von der Zentralregierung schon längst nicht mehr ausgeübt, vielmehr besteht kaum mehr als ein sehr loser, fast nur äußerlicher Zusammenhang. Die örtlichen russischen Behörden sind selbständig und handhaben die Formen des Räuberrechts nach Gutdünken, in diesem Kreise strengen, in jenem losen, in einem anderen garnicht. Daß überall Unordnung herrscht, daß die Fügel der Verwaltung am Boden schleifen, daß Räuberwesen und Vandalenbildung überhand genommen haben, daß der Eisenbahnverkehr stockt, daß die Verbrecher aus den Zwangsansiedlungen entlaufen sind und das Land unsicher machen, ist übereinstimmend gemeldet worden. Die Zustände sind ohne Zweifel in russisch-Ostasien sehr verworren und unsichere.

Unter diesen Umständen ist es ohne weiteres klar, daß Japan in einem Randgebiete Ruhe und Ordnung schaffen sich bemüht, das seine eigenen Interessen berührt. Daher braucht man in den japanischen Maßnahmen keineswegs Eroberungsabsichten auf die Mandchurie, auf die Amurprovinz, auf das Ussuri- und Nordostsachalin, Kamtschatka, gar auf Transbaikalien zu erblicken. Solche Ziele liegen durchaus nicht in der japanischen Politik, schon aus dem Grunde nicht, weil Japan gar nicht an der Lage ist, diese ungeheuren Landgebiete zu besetzen, noch weniger zu verwerten. Wir haben es vielmehr, wenn solche und ähnliche in der europäischen Presse auftreten, mit der Irreführung der öffentlichen Meinung zu tun, um recht rermorenen Berichten und möglichst große Widersprüche zu verbreiten, hinter denen die Wahrheit sich unschwer verstecken läßt.

Rußland hat zur Zeit überhaupt keinen Einfluß auf den Gang der Dinge in Ostasien. Japan nutzt diese Gelegenheit dazu aus, um seine Forderungen zu äußern, die Forderungen durchzuführen, deren Hauptpunkte darin bestehen, den Bolschewismus in den russischen Küstengewässern am Stillen Ozean auszuschalten und ein ganzes Verhältnis zwischen den russischen Lokalbehörden und Japan herzustellen, das seine politischen und wirtschaftlichen Interessen dort mit allem Nachdruck vertritt, ohne daß es zu Eroberungen schreitet.

Daß Japan erhebliche Truppenabteilungen in russisch-Ostasien gelandet hat, ist unbestritten, denn eine wirksame Politik kann den bolschewistischen Strömungen gegenüber sich nur auf wirkliche Macht stützen. Japan hat ja Geld, Truppen, Kriegsschiffe und Transportschiffe in Fülle, um sich einen derartigen Aufwand gestatten zu können. Im übrigen versteht und versteht es wohl keine andere Großmacht der Erde so gut wie Japan, seine wahren Absichten hinter Aufmachungen und Zurückstellungen zu verbergen. In solchem Sinne dürften die ostasiatischen Vorgänge in erster Linie zu beurteilen sein.

Neue Pläne der russischen Gegenrevolution.

Paris, 7. Mai. (WB.) Der Welt Parisien verbreitet eine Meldung, wonach die nach Deutschland gestühten russischen Reaktionäre den Plan hätten, zunächst das ehemalige Gouvernement Nord-Rußland wieder aufzurichten. Sie ständen mit mehreren Berlinbüchsen, darunter dem ehemaligen deutschen Staatssekretär Dr. Solf, dem General Mannerheim und dem Hetman Skoropadsky in Verbindung, um die russischen Gefangenen aufzurufen, und

sich auch die Hilfe deutscher und ungarischer Kontingente zu sichern. Diese Armee würde sich in Bessarabien unter dem Befehl des Generals Wrangel sammeln. Die deutsche Regierung sei auf dem Laufenden über diese Intrigen, die sie mißbilligt.

Die polnische Offensive gegen Sowjet-Rußland.

Kiew noch nicht erobert.

Berlin, 7. Mai. (Von unfr. Berliner Büro.) Die Nachricht von der Besetzung Kiew durch die polnischen Truppen eilt jedenfalls den Tatsachen voraus. Bisher scheinen die vereinigten polnisch-ukrainischen Truppen lediglich bis zum Eisenbahnknotenpunkt Daitow, etwa 75 Km. südwestlich von Kiew vorgerückt zu sein.

Odessa in den Händen der Ukrainer.

Lemberg, 7. Mai. (W. B.) Havas. Mitglieder der ukrainischen Genossenschaften, die sich vorübergehend in Lemberg aufhielten, berichten, daß sich Odessa seit einer Woche in den Händen der Ukrainer befindet. Die Einnahme Odessas sei durch die rumänische Artillerie, die über den Dniestr geschossen habe, erleichtert worden.

Die Konferenz in Spa.

Die deutschen Delegierten.

Brüssel, 7. Mai. (WB.) Havas. Hier wird berichtet, daß die deutschen Delegierten zur Konferenz in Spa, Reichkanzler Müller, der Direktor im Auswärtigen Amt, von Simson, der Minister des Auswärtigen, Dr. Rüstow und ein Finanzmann, entweder W. A. G. Hamburg oder Melchior von der Dresdner Bank sein werden.

Eine Zusammenkunft mit dem Obersten Rat.

London, 7. Mai. (WB.) Reuter. Die deutsche Regierung hat den Vorschlag einer Zusammenkunft mit dem Obersten Rat in Spa angenommen. Dem Deutschen ist mitgeteilt worden, daß die folgenden Angelegenheiten auf der Tagesordnung stehen: Frühere Verträge gegen den Friedensvertrag und die Frage, wie der Vertrag ausgeführt werden soll. Ferner werden die deutschen Vertreter um Äußerung zu der Frage der Entlassung, der Wiedergutmachung, der Kohlenlieferungen, der Beleidigungen der alliierten Missionen und der Kosten der Besatzungsarmee erlucht werden.

Reise der deutschen Wirtschaftskommission nach Paris.

Berlin, 7. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Dr. Mayer, der deutsche Geschäftsträger in Paris, hat sich gestern Nachmittag nach dem Quai d'Orsay begeben und Herrn Millerand anerkündigt, daß die deutsche Wirtschaftskommission am 16. Mai in Paris einreisen werde. Herr Dr. Mayer hat dem Ministerpräsidenten versichert, daß die Berliner Regierung den aufrichtigen Wunsch habe, mit den Alliierten an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas gemeinsam zu arbeiten.

Berurteilung des Völkerbundgedankens.

Paris, 7. Mai. Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ aus Washington hat Senator Knox in einer Rede sich hart gegen den Friedensvertrag von Versailles ausgesprochen. Er habe erklärt, die Referenden von 1919 seien ungültig; denn sie hätten wohl den Vertrag und den Völkerbund für Amerika unschädlich gemacht, aber es sei nötig, daß dieser Völkerbund für die ganze Welt unschädlich gemacht werde. Der Frieden der Welt sei nicht sicherer, sondern droht durch Abkommen wie die, die man in Versailles getroffen habe.

Aus dem besetzten Frankfurt.

Frankfurt a. M., 7. Mai. (WB.) Der General der Rheinarmee hat dem Polizeipräsidenten Erläuterung über die Geldstrafe von 10 000 Mark zuerkannt, weil er der Militärbehörde nicht, wie er die Pflicht gehabt hätte, alle Arten Waffen, die zur Bewaffnung der Polizei bestimmt waren, angeheben hatte und die sich in hoher Anzahl zur Ausstattung der Polizei vorfinden. Zur Aufbewahrung der Waffen sei die Genehmigung nicht eingeholt worden.

Frankfurt a. M., 7. Mai. (WB.) Der Stadtverordneten-Vorleser Hoy, der am 20. April die Stadtverordnetenversammlung aus Anlaß der Erstattung des Geschäftsberichtes mit einer Erklärung eingeleitet hatte, die auf die Befragung der Stadt durch die Franzosen Bezug nahm und den Protest der städtischen Behörden gegen die Besetzung nochmals zum Ausdruck brachte, wurde vom General der Rheinarmee in eine Geldstrafe von 10 000 Mark genommen, weil dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung gestanden habe.

Die Grenzfrage der ersten Zone.

Kopenhagen, 7. Mai. (Priv. Tel.) Die „Berlinske Tidende“ meldet, daß seitens der Internationalen Kommission der französischen Besatzung in Kopenhagen und der norwegische Vertreter in ihrem gestrigen Bericht an den Obersten Rat vorzuschlagen, daß die südliche Grenze der 1. Zone im Osten derart geregelt werde, daß die Strecke an der Kupfermühlensucht bis nach Waskerleben, das dicht nördlich von Flensburg liegt, Dänemark übertragen werden. Durch diese Regelung wird die Möglichkeit geschaffen für die Anlage eines neuen Flensburger, da die betreffende Strecke alle Bedingungen für die Schaffung von Hafenanlagen auf dänischem Gebiet bietet.

Die Spaltung im Zentrum.

Die Ziele der Christlichen Volkspartei.

In Köln hat der Vorsitzende der Christlichen Volkspartei Dr. Deermann sich vor einem größeren Kreise ausführlich über die Ziele der Christlichen Volkspartei verbreitet. Er betonte, daß man sich zur Gründung der Partei nur schweren Herzens unter dem Zwange innerer Gewissensgründe entschlossen habe. Gegenüber der Behauptung der K. V., daß man die Verhandlungen mit der rheinischen Zentrumsleitung vorzeitig abgebrochen habe, erklärte Redner, man habe sich

mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen nicht länger hinhalten lassen können. Eine endgültige Trennung vom Zentrum sei übrigens nicht das Ziel der Christlichen Volkspartei. Sie wolle nur das Zentrum von seiner jetzigen kurzfristigen Leitung befreien, damit es wieder die alte Mittelstandspartei werde. Bis dahin werde die neue Partei auf dem Plan bleiben. Die Seele der neuen Bewegung, Pfarrer Dr. Kruchen-Köln-Grenfeld, erklärte, eine große Anzahl alter treuer Zentrumsmitglieder begrüße das selbständige Vorgehen der neuen Partei bei den Wahlen. Man werde eigene Kandidaten aufstellen. Seit längerer Zeit seien viele Zentrumsanhänger mit der Haltung der Fraktion und der Parteiführer sehr unzufrieden. Sprecher erinnerte an den Fall Erxberger, an die Haltung Wiesberts unklarlich des Parteitag und die Haltung der Fraktion in der Betriebsrätefrage. Das Zentrum sei schließlich mißfällig davon, daß keine Ordnungskoalition, eine Sammlung aller ordnungsliebenden bürgerlichen Elemente einschließlich der Reichssozialisten zustande gekommen sei. Der Reichsausschuß der deutschen Zentrumsparteien habe Verhandlungen mit den Reformern abgelehnt und so habe der Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumsparteien der neuen Bewegung ohnmächtig gegenübergestanden. Die Einigkeit der Partei sei schon längst zerbrochen gewesen.

Die Versammlung billigte die Ausführungen der beiden Redner und beschloß, mit aller Kraft an die Vorbereitung für die Wahlen zu gehen.

National und bürgerlich.

Die Münchener-Augsburger Abend-Zeitung.

München, 7. Mai. (Priv. Tel.) In der letzten Mitgliederversammlung der Deutschen Volkspartei München wies der Vorsitzende Dr. Jodlbauer auf die besondere Bedeutung dieser Woche für die Münchener Partei hin, die einmal in dem glänzenden Erfolg der ersten Wahlversammlung mit der unvergeßlichen Kandidatenrede des Geh. Rat. Kahle zu sehen sei und ferner in dem Ereignis, daß die Partei in der „Münchener-Augsburger Abend-Zeitung“ nun wieder eine volle publizistische Vertretung in München besitze, wenn auch anerkannt werden muß, daß das Blatt ihr auch bisher schon ein gewisses Recht gewährt habe. Dann wies der Vorsitzende die Erklärung der demokratischen Partei gegen einzelne Ausführungen des Geh. Rat. Kahle zurück und befahnte sich eingehend mit den verschiedenen Punkten der demokratischen Erklärung, die er treffend widerlegte. Die Demokraten müßten sich angesichts des Verhaltens ihrer verantwortlichen und gewissermaßen verantwortlichen einflussreicher Politiker (Th. Wolff, Maximilian Harden) und ihrer führenden Presse (Berl. Tageblatt, Frankf. Ztg., Münch. Neuest. Nachr.) den Vorwurf mangelnder deutscher und vaterländischer Gesinnung gefallen lassen. Man brauche nur an ihre „seudive Anerkennung der Revolution vom 7. bis 9. November 1918“ mit ihren Feiern und Vaterlandernichtenden Begleiterscheinungen zu erinnern, ferner an die unglückselige Reichstagsentscheidung vom 17. Juli 1917, an die Befreiung der deutschen Farben Schwarz-Weiß-Rot, an das Wilsontelegramm, an den Untersuchungsausschuß und anderes mehr.

Die Versammlung stimmte den Ausführungen des Vorsitzenden in allen einzelnen Punkten auf das entschiedenste bei. Zum Schluß teilte der Vorsitzende noch die Liste der Kandidaten für die Reichstagswahlen mit, die von München aufgestellt sind und die nach ihrer evtl. Ergänzung durch den Landesparteitag am 9. Mai veröffentlicht wird. Mit besonderer Genugtuung vernahm man auch von dem außerordentlichen Werbeerfolg der Wahlversammlung. Dr. Behmer gab einen eingehenden Bericht über den Stand der inneren Organisation, und schließlich berichtete Vorstandsvorsitzender Dr. Dietrich über den Besitzwechsel der „Münch.-Augsb. Abd.-Ztg.“, die, ohne ein Parteiblatt zu sein, von nun an den beiden Rechtsparteien für offizielle Kundgebungen zur Verfügung stehe und auch sonst möglichst entgegenkommen sein werde. Mit lebhaftem Beifall wurde festgestellt, daß man jetzt ein Blatt besitzt, das in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht in erster Linie national und bürgerlich sein soll.

München, 7. Mai. (Priv. Tel.) Zum Besitzwechsel der „Münch.-Augsb. Abend-Zeitung“ hört man noch, daß die Leitung des Blattes, der bisherige Schriftleiter Dr. Moehl, beibehalten werden soll, doch bleibt zu bezweifeln, daß er weiterhin Mitglied der deutschdemokratischen Partei bleiben wird. Der Sonntagsleitender des Blattes, Dr. Erik Endres, ist aus dem Mitarbeiterverhältnis des Blattes ausgeschieden. In Münchener Journalistenkreisen wird ernsthaft davon gesprochen, daß der bisherige Lokalredakteur der „Münch. Neuest. Nachr.“, Herr Baumgartner, als Leiter des gleichen Ressorts an die Abendzeitung übertritt. Herr Baumgartner, eine weitbekannte und geschätzte Persönlichkeit, hat sich seit mehreren Wochen von seiner Tätigkeit an den „Münch. Neuest. Nachr.“ zurückgezogen, angeblich aus Gesundheitsrückgründen, tatsächlich aber, wie der „Bayrische Kurier“ schreibt, weil er mit der allgemeinen politischen Haltung des Blattes nicht mehr mitgehen wollte.

Neuerliche Zuspitzung der Lage im Vogtland.

Dresden, 7. Mai. (Priv. Tel.) Im Vogtland scheinen sich die Verhältnisse neuerdings wieder zuspitzen. In Plauen wurde wieder ein Arbeiterrat gewählt, welcher gleich mit Forderungen an die Stadtverwaltung trat. So verlangte er ein Amtsgeld von 10 000 Mark und ferner noch auf dem Rathaus Diensträume zur freien Verfügung. Nachdem sich nun der neue Ministerpräsident Buch sehr scharf gegen jede Nebenregierung ausgesprochen hat, so ist eben abzuwarten, wie sich die Dinge im Vogtland gestalten.

Aus der Angestelltenbewegung.

Die 2. Reichstagung des Versicherungsbeamten des D. S. V. am 30. April und 1. Mai in Berlin war aus allen Teilen des deutschen Vaterlandes zahlreich besucht. Nach einem Bericht des Geschäftsführers B. B. befand sich die Versammlung einmütig, daß unter den gegebenen Verhältnissen sämtliche Maßnahmen des Gewerkschaftsbundes launlich, Angestelltenverbände in den Ländern...

Der neuen Verhandlungen im Versicherungsgebiete.

Die Tarifbewegung der Versicherungsangehörigen, die durch Vereinbarungen im Februar und März ein vorläufiges Ende erreichte, ist durch Kündigung des auf die Entlohnung bezüglichen Vertragsvertrages seitens der Angestelltenorganisationen zum 30. Juni in ein neues Stadium getreten. Die Arbeitgeber haben, um eine baldige Regelung herbeizuführen, am Dienstag den Angestelltenverbänden als Termin für den Beginn der Tarifverhandlungen den 11. Mai vorgeschlagen.

Eine Reichslandwirtschaftskammer.

Reichsgesetzliche Regelung der öffentlich-rechtlichen landwirtschaftlichen Berufsvertretungen.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist der Entwurf zu einem Reichsgesetz über die Einrichtung landwirtschaftlicher Berufsvertretungen fertiggestellt und bereits den Landesregierungen zur Kenntnisnahme übermittelt worden.

Die landwirtschaftliche Berufsvertretung war bisher ausschließlich durch Landesrecht geregelt. Die reichsrechtliche Regelung erweitert sich als dringend notwendig, weil die deutsche Landwirtschaft beanspruchen darf, am Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft mit einer neuzeitlichen Interessensvertretung mitwirken zu können, und vor allem Wert darauf legen muß, bei der strengen Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte durch das Reich ebenfalls eine berufsjährliche Vertretung bei der Reichsregierung zu haben.

Die Neuordnung der landwirtschaftlichen Berufsvertretung ist uns so dringender geboten, als die Reichsverfassung im Artikel 163 eine von Grund auf neu zu schaffende Wirtschaftsordnung vorschreibt, die vor Vornahme hat, daß geeignete Vertretungen der einzelnen Berufsgruppen vorhanden sind.

Der Entwurf hat den Charakter eines Rahmengesetzes und geht von notwendigen Grundfragen aus. Der Begriff „Landwirtschaft“ ist im weitesten Sinne des Wortes aufzufassen. Es sollen Vertretungskörper für die Verwaltungsbezirke höherer Ordnung in den einzelnen Ländern, landwirtschaftliche Zentralvertretungen der Länder sowie eine Reichslandwirtschaftskammer gebildet werden. Die landwirtschaftlichen Vertretungskörper der oberen Verwaltungsbezirke der Länder sollen das Recht haben, in den unteren Verwaltungsbezirken ihres Bereichs zur Vermittlung örtlicher Kenntnisse und Erfahrungen Abteilungen einzurichten.

Aufgabe der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen soll es sein, die gesamten Angelegenheiten der Landwirtschaft ihres Bezirkes in wirtschaftlicher und fachlicher Beziehung zu vertreten. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben können sie für die Dauer oder vorübergehend Ausschüsse bilden.

Die Vertretungskörper der Verwaltungsbezirke in den einzelnen Ländern sollen aus allgemeinen, gleichen, direkten Wahlen der landwirtschaftlichen Berufsangehörigen nach Maßgabe der Verhältniswahl hervorgehen. Die Wahlen sollen in drei Gruppen erfolgen, von denen je eine von dem Groß- und Mittelstand, von dem Kleinstand und den Arbeitnehmern (Angestellten und Arbeitern) gebildet wird. Jede Gruppe wählt eine gleiche Zahl von Mitgliedern. Wahlberechtigt sollen alle männlichen und weiblichen, dem landwirtschaftlichen Berufsstand angehörenden Personen sein, sofern sie

- 1. seit mindestens einem Jahre ununterbrochen in ihrem Wohnort wohnen,
2. mindestens 20 Jahre alt sind,
3. im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind,
4. Die Reichsangehörigkeit besitzen.

Wahlbar sind nach dem Entwurf alle 24jährigen wahlberechtigten Berufsangehörigen, die

- 1. seit mindestens drei Jahren ununterbrochen in ihrem Wohnort wohnen,
2. seit mindestens drei Jahren ununterbrochen landwirtschaftliche Berufsangehörige sind.

Nebenher können um die Landwirtschaft besonders verdiente Personen sowie die verschiedenen Vereinigungen des landwirtschaftlichen Berufsstandes sich und Stimme erhalten.

Die Mitglieder der landwirtschaftlichen Zentralvertretungen der Länder sollen von den nächstniedrigen Vertretungskörpern gewählt werden.

Die Reichslandwirtschaftskammer soll von den landwirtschaftlichen Zentralvertretungen der Länder aus ihrer Mitte gewählt werden und eine den Vertretungskörpern der Länder entsprechende Zusammensetzung erhalten. Die Zahl der Mitglieder der einzelnen Länder hängt ab von der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, der Größe der landwirtschaftlich benutzten Fläche und der Zahl der landwirtschaftlich tätigen Personen. Jedes Land darf aber aus jeder der drei Wählergruppen mindestens je ein Mitglied entsenden. Kein Land darf durch mehr als 1/2 aller Stimmen vertreten sein.

Die Reichslandwirtschaftskammer soll ihren Sitz am Ort der Reichsregierung haben und den Reichsbehörden regelmäßig als beratend in allen die Landwirtschaft betreffenden Fragen dienen.

Wie in den Vertretungskörpern der Länder, so sollen auch in der Reichslandwirtschaftskammer um die Landwirtschaft verdiente Personen und landwirtschaftliche Vereinigungen sich und Stimme erhalten können.

Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist beauftragt, den Vorschlägen durch Beratungen mit den beteiligten Stellen und Interessensvertretungen rasch zur Vorlage an die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches fertigzustellen.

Badischer Landtag.

38. Öffentliche Sitzung.

X. Sondersitzung, 7. Mai.

Präsident Kopf eröffnete um 8 Uhr 40 die Sitzung, das Haus fuhr fort mit der Beratung des Staatsvoranschlags. Vorher der Reuegung für die Sicherheitspolizei brachte Abgeordneter Müller (Soz.) Wünsche der Gendarmen vor. Abg. Kästel (Centr.) verlangt eine sofortige Bekämpfung der Fingerringe. Abg. Beyer und Biermeier (Centr.) fordern eine Besserstellung der Gendarmen und die Bekämpfung der Militärgerichtsbarkeit für die Gendarmen.

Minister Kemmerle erklärte, daß die Militärgerichtsbarkeit für die Gendarmen aufgehoben werde. Die Resolution soll beschloffen werden.

Ueber Förderung der Gewerbe brachte Abg. Niederbrühl (Dem.) die Wünsche des Mittelstandes vor und führte aus: Ruhe und Ordnung sind nötig. Die sinnlosen Streiks müssen aufhören. Die Knappheit der Rohstoffe lähmt die Tätigkeit des Mittelstandes. Für das Handwerk ist eine Handelskammerstelle in Karlsruhe angeordnet worden. Bei der Verteilung der Hoeressanten gab es Mißstände. Das schwindende Aufsteigen der Rohstoffpreise macht eine Rationalisierung sehr schwierig. Mit der Verteilung der Rohstoffe kommt die Zwangswirtschaft nicht zu Fall, sondern sie ist im Gegenteil für manche Zwecke notwendig. Die Hilfsaktion für den Mittelstand hat sich bemächtigt und wurden dafür 10 427 000 Mark verauslagt. Der Landesverband der Handwerkervereine, das Landesoberamt haben gut gearbeitet. Bei einer Sozialisierung der Handwerkerbetriebe würde für die Masse ein Vorteil sein. Der Mittelstand wird auch von manchen Sozialdemokraten bekämpft. Bei der Regelung des Verdienstwesens hat sich Ministerialdirektor Dr. Hirsch verdient gemacht.

Abg. Dr. Schofer (Centr.): Die Befürchtungen mancher Handwerker, daß ihre Betriebe ruiniert würden, haben sich nicht bewahrheitet. Zeit müssen wir schaffen und sparen. Wenn wir die bestehenden Mißstände verbessern wollen, muß das durch Besserung des Gewinnes des Volkes geschehen. Hierin ist eine gute Ausgangspunkt notwendig, bei der das Kreuz wieder in den Mittelpunkt der Schule gestellt wird. Den Akademikern kann man das einflößen, was das Mittelstandes ist; auch bei der Sozialisierung ist Vorbehalt notwendig. Auf dem Gebiete des Verhältnisses ist eine Besserung zu beobachten. Ich bin der Meinung, daß nicht nur dunkle Schichten auf dem Mittelstand liegen. Schwierigkeiten für den Mittelstand wird die Wirtschaftskrisis bereiten, die uns bevorsteht.

Abg. Maier-Helbergh (Soz.): Der Mittelstand hat sich in der Industrie und im Handwerk bewährt. Die Verteilung gegen den Mittelstand trifft völlig daneben. Für die Arbeitslosigkeit sind wir immer einseitig. An der Verschwendungssucht ist auch der Mittelstand nicht unschuldig, denn es gibt Mittelstandstreiber, die „Verhören“ vorn und hinten groß schreiben. Bei der Sozialisierung wollen wir auch keine Experimente. Die Sozialisierung der Betriebe ist aber durchzuführen. Das Handwerk muß produktiver gestaltet werden.

Abg. Heurich (Centr.) und Müller-Schorfheim (Soz.) traten für den Mittlstandtag ein.

Abg. Rager (D. N.): Von den Mittelstandesrednern hat der Abg. Niederbrühl mit seinen Ausführungen den Beiz abgeholt. Der Mittelstand wird von seinen Forderungen in der neuen Zeit etwas abgeben müssen, aber wir müssen ihm helfen. Unter der Zwangswirtschaft läßt der Mittelstand die Zwangswirtschaft sollte deshalb schrittweise abgebaut werden, so man sollte sie befehlen. Dem Mittelstand muß man die Produkte billiger zur Verfügung stellen. Das kann mit der Arbeitslosigkeit zusammen. Das Darlehenswesen müßte neu organisiert werden. Auf dem Gebiete der Vermögensverteilung sind Reformen notwendig. Die Arbeitslosigkeit ist nicht in allen Ständen vorhanden. Die Studenten z. B. arbeiten sehr fleißig, ebenso auch die Bauern.

Abg. Vogel (Dem.): Heute müssen alle Stände gemeinsam arbeiten, wenn das deutsche Volk wieder aufwärts kommen will. Der Mittlstandtag ist nicht überall möglich, so nicht in Theaterbetrieben und auch in anderen Betrieben nicht, wie in der Landwirtschaft. Das Grundprinzip muß aber gewahrt bleiben. Kleinbetriebe und kleine Handwerker sind heute schlechter gestellt, als die Arbeiter. Das Handwerk ist jetzt beirrt, sich durch Zusammenfassung und durch Genossenschaften zu helfen. Die Sozialisierung ist im allgemeinen ein Übel, und die Sozialisierung der kleinen Betriebe ist unwirtschaftlich. Wenn unter deutsches Volk sich aufrüstet und der Druck der auf uns lastet, erleichtert wird, dann wird sich auch das Handwerk wieder erholen.

Nach den Ausführungen der Abg. Behner (Soz.), Niederbrühl (Dem.) und Heurich (Centr.) wurde der Gegenstand verlassen. Bei Titel XII

Förderung der Landwirtschaft.

begründet Abg. Viehauer (Dem.) den Antrag Schön, Einstellung eines größeren Betrages in den Staatsvoranschlag zur Beschaffung von Düngemitteln für die badische Landwirtschaft und bespricht dann das landwirtschaftliche Genossenschafts- und Unterrichtswesen. Die Fortbildungsschule, führte er aus, sollte sich nicht mit der Landwirtschaft befassen. Das soll in den Fachschulen überlassen. Zu wünschen sei, daß die Zahl der landwirtschaftlichen Schulen vermehrt wird. Mindestens 30 Schulen brauchen wir im Lande. Der Mittlstandtag ist bei der Landwirtschaft nicht möglich. Die Arbeiterfrage ist bei der Landwirtschaft besonders wichtig. Die Arbeiter sollen deshalb entsprechend entschuldigt werden. Dazu ist aber eine entsprechende Preisgestaltung der landwirtschaftlichen Produkte notwendig. Für die Zeit des Ueberganges aus der Kreiswirtschaft in die freie Wirtschaft wird das Genossenschaftswesen eine gute Brücke bieten. Auf dem Gebiete des Bodens ist manches zu verbessern.

Die Sitzung wurde hier um 12.50 Uhr abgebrochen. Nächste Sitzung Dienstag nachmittags 1/4 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Aussprache.

Letzte Meldungen.

Verhinderung des Streiks der Münchner Bankbeamten.

München, 7. Mai. (Brin-Zel.) Die Lage im Streik der Bankbeamten in München hat am gestrigen Tage eine weitere Besserung erfahren, besonders dadurch, daß der Streik auch auf andere bayerische Städte übergriffen hat. In München streiken etwa 90 Prozent Angestellte. Verhandlungen, die mit einigen kleineren Instituten eingeleitet worden sind, haben bisher noch zu keinem Ergebnis geführt.

Wilson, der franke Mann.

Paris, 7. Mai. (W. V.) Nach einer Meldung des Französisch-Amerikanischen Büros erklärte Senator Hitchcock, Wilson sei heute physisch und moralisch ein sehr kranker Mann, und er sei tief erkrankt darüber, daß der Senat den Eintritt Amerikas in den Weltkrieg verhindert. Auch der Washingtoner Korrespondent des „New York Globe“ behauptet, daß die Krankheit Wilsons einen mehr moralischen als physischen Charakter trage. Er mache Kräfte einer außerordentlichen geistigen Depression durch, und diese Kräfte hätten ihre Rückwirkung auf seinen Gesundheitszustand.

Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung ins Saarbecken.

Berlin, 7. Mai. (Die Zeit.) Der Reichsfinanzminister hat mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministers und des Ausschusses der Rationalisierungsanstalt angeordnet, daß Wertpapiere und auf Reichsbank ausstehende Forderungen launlich Zahlungsmittel zur Durch Vermittlung von Banken nach dem Saarbecken verbracht oder überbracht werden dürfen. Als Wertpapiere gelten auch die ungarischen Staatsanleihen des Reiches oder der Bundesstaaten, ferner Jins- und Genossenschaftsaktien, Hypotheken, Grundschulden und Rentenschuldscheine. Als Zahlungsmittel gelten Reichsbanknoten, Reichs- und Provinzialbanknoten. Die näheren Einzelheiten sind aus der nächsten Ausgabe des Reichsanzeigers ersichtlich.

Uner landbildet wieder.

München, 7. Mai. (Brin-Zel.) Der frühere Minister Auer befindet sich der „Münchener Post“ zufolge auf dem Wege fortwährender Besserung und wird sowohl für den Reichstag als für den Landtag wieder landbildern. Die Sozialdemokratische Partei hat ihn bereits auf beide Vorwahllisten gesetzt.

Der blonde Schopf und seine Freier

Roman von Agnes Harder.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Fünftes Kapitel.

Im Januar gab Frau Behrend wieder das erste ihrer gewohnten Mittagessen. An zwei bestimmten Tagen im Monat hatte ihr verstorbenen Gatte so seine Freunde um sich versammelt. Zuerst ein kleines ausgeleertes Essen von neun oder zwölf Personen, dem sich dann ein Empfang anschloß, zu dem nicht besonders eingeladen wurde. Ein gewöhnlicher Berliner Tee wäre für den Kreis, den Herr Behrend liebte, nicht die rechte Grundlage gewesen. Er unterschätzte nicht die Anziehungskraft seiner guten Küche und seines vorzüglichen Kellers. Im Vorminter, als Frau Behrend mit Karin zurückgekommen war, hatte sich ihr Kreis allmählich wieder zusammengesunden. Man hatte der Witwe ein paar Besuche gemacht und zu seinem Erfreuen gesehen, daß der arme, verlassene Wellensittich nicht mehr ängstlich und ziellos in seinem Käfig umherflatterte. Man hatte mit Neugier und lebhaftem Interesse Karin gemustert, die offenbar die neue Lebensspenderin war und sich nun schon mit der größten Sicherheit bewegte. Frau Behrends Augen hingen an ihr wie früher an dem Gatten. Scheinbar sich einfühlend, führte Karin doch schon die Zügel. Bei den ersten Besuchen verhielt sie sich schweigsam. Doch ließ sie sich später über Art und Weise der Menschen genau berichten. Sie hörte so durch den Mund der Lebenden das Urteil des Toten. Hörte die naive, stufenweise Einschätzung, die diese Männer und Frauen je nach ihrer Stellung im öffentlichen Leben für Frau Behrend hatten, und richtete sich danach.

Es traf sich günstig, daß für dieses erste Diner gerade Jerome Behrend anwesend war, der sich auf der Durchreise nach Petersburg befand. Er hatte zwar ein eigenes Fremdenzimmer im Hause seiner Tante, benutzte es jedoch nur selten, sondern blieb in einem der Hotels in der Nähe des Bahnhofes Friedrichstraße ab. Doch stellte er sich den Damen sofort zur Verfügung und empfing mit ihnen die Gäste. Der Kreis war untereinander bekannt. In einigen Bankiersfamilien fügten sich die Namen der Gelehrtenwelt. Zweierlei lehrte vollständig die Künstler und die Jugend. Für lebende Künstler hatte Herr Behrend nichts übrig gehabt; den Tanz um die Berühmtheiten des Tages machte er nicht, er verpöppelte ihn gelegentlich sogar. Sein Geschmack führte ihn

zu alter, anerkannter Kunst, an deren Wert nicht mehr zu rütteln und zu deuten war. Vor allem zu jenen Stadtbildern der Niederländer, mit dem Leben und Treiben des Tages, dem Schlüsselschlüssen auf dem Gise, den Grachten, den im holländischen Nebel verdrämmerten Rüststädten. Mit seiner Lupe konnte er vor diesen Bildern stehen, ein friedliches und befriedigtes Lächeln auf den Lippen. Und die Bewahrer der staatlichen Kunstschätze waren und blieben seine verehrtesten Gäste.

Die Jugend hatte aber in seinem Hause nie einen Platz gehabt. Es war gar nicht für sie zugeschnitten für ihre Unbefangenheit, ihre Heiterkeit, für Sonne und Lachen. Darin fiel Karins Entscheidung so auf, wie sie in dem hellen blauen Kleide neben der kleinen Frau Behrend stand, die ihr kaum bis an die Schulter reichte. Sie hatte blau zu ihrer Farbe erblüht, nicht aus Sentimentalität, sondern weil sie erprobt hatte, daß es ihr am besten stand. Ein tiefes saftiges Blau, das wundervoll mit ihrem blond ging. Ihr Haar war jetzt eine wirkliche Schönheit geworden, gepflegt weich und seidig. Obgleich früher in seiner ein wenig struppigen Masse einem Gerstenfeld im Schatten, so hatte es nun den goldenen Glanz der Sonne auf reifen Wehren. Ueber dem mit raffinierter Schlichtheit aufgesteckten Haar, das sich weilig um das Gesicht schmiegte und in einem mäßigen Knoten tief im Nacken lag, vergah man die Unregelmäßigkeiten der Jüge. War doch die Haut blendend frisch, die Lippen feucht und rot, aus den Augen sprach eine unbändige Lebenslust. Gerade die alten Herrschaften, die sich um Frau Behrend zu sammeln pflegten, empfanden Karins Jugend wie ein Geschenk, das ihnen gegeben wurde. Vor allem die Augen der Männer gingen über die Tafel hinweg immer wieder zu dem jungen Mädchen, das an Jeromes Seite saß. Und die arme, alte Frau Behrend, die sich vor diesem Tage gefürchtet hatte, dachte gar nicht daran, daß bei diesem ersten Mittagessen fast der Verstorbene verfallen war, dessen straffer Geist einst hier regiert hatte. Sie konnte sich in Karins Erfolge.

Jerome freilich dachte an den Dattel. Er liebte es, für sich zu philosophieren, und er verpöppelte wieder einmal das Leben, das so wenig Umstände mit den Menschen machte und sie so dert an ihren Schwächen post. Um war der Dattelkreis einer schönen Frau nichts Neues. Er konstatierte nur mit Genugtuung, wie diese blonde Wellensittich wieder einmal das Niveau herabzog. Ein jeder erzählte von seinen Kesseln, von den Zufälligkeiten des Hotellebens, und verachtete ihn und wieder sogar eine kleine Rederei. Erst beim Tee, als sich der Kreis vergrößerte, bildeten sich Gruppen. Man besprach die politische Lage, den mutmaßlichen Ankauf einiger neuer

Bilder für die Galerie und eine projektierte Ausstellung kunstgewerblicher Arbeiten im Lichtloft des Museums.

Karin machte den Tee. Sie hatte sich ein wenig davon gefürchtet. Die elektrische Kumpel über dem Teetisch, die für gewöhnlich ein gelbeidener Schirm verdeckte, war nun von rosa Seide verhüllt, so daß ein sanftes Licht auf das junge Mädchen fiel, das ein wenig nervös mit den Tassen spielte. Jerome lehnte in der Tür und küßte sie mit ihr. Er benutzte die Vorrechte seiner Stellung als Verwandter des Hauses, die er so mit allgemeiner Huldigung vermischt, daß Karin nicht recht tug daraus wurde, ob der Niese Frau Behrends oder der Mann zu ihr spräche. Er erinnerte sie an die schönen Tage in Jermott und fragte, wieviel Herzen sie gebrochen habe seitdem. Es belustigte ihn auch ein wenig, daß sie über all die alten Menschen klagte, die ins Haus kamen.

„Aber begreifen Sie denn gar nicht, was darin für ein Vorteil für Sie liegt, Fräulein Karin? Sie werden das Herdfeuer dieses ganzen Kreises werden, das Kohlenbecken, das man um diese Jahreszeit in die eifigen Galerien des Parks zu schleichen pflegt, und um das sich fröhlich die Fremden sammeln, wenn sie sich an der kalten Schönheit der Gattinnen noch älterer gesehen haben. Sind Sie nicht entzückt über ihren neuen Beruf?“

„Ich glaube, Sie werden mich nächstens mit einer Wärmeische vergleichen“, sagte sie entrüstet.

„Sie lächelt amüßert auf.“

„Sie kennen den Orient eben nicht, Fräulein Karin, der entwickelt im Winter ein ungeheures Wärmebedürfnis. Wer weiß, ob meine Tante nicht noch einmal streben wird wie der alte König David. Dann werden Sie Abisag von Sidon.“

Sie sah ihn zweifelnd an, offenbar verstand sie ihn nicht, ob er im Ernst sprach, oder sie ein wenig verpöppelte. Ihm gegenüber fühlte sie sich nie ganz sicher. Aber im Laufe des Abends gemann sie das Gefühl, bei diesem ersten öffentlichen Auftreten pflegt zu haben. Sie hatte im Laufe der Zeit bei allen alten Damen gefessen und kindlich und mädchenhaft mit ihnen geplaudert. Sie hatte keine Gelegenheit unversucht gelassen, um ihrer grenzenlosen Verehrung für Frau Behrend Ausdruck zu geben, die aus ihrer Sozietät ihr gültig und zärtlich mit den Augen folgte. Jerome, der schon früher ging — er hatte noch eine Verabredung für den Abend — küßte sie zu:

„Steg auf der ganzen Linie, Fräulein Karin! Berechnen Sie sich, ehe Sie einschlafen, wieviel Schlingen Sie heute aus Ihrem Goldhaar entfangen haben.“

„Keine für Sie“, antwortete sie hastig. (Fort. folgt.)

